



DR. KARL VON WOGAU
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



P R E S S E M I T T E I L U N G

Brüssel/Freiburg, 22. März 2005

Karl von Wogau:

Stabilitätspakt verliert an Biss

„Durch die jüngste Reform verliert der Stabilitätspakt weiter an Biss. Das eigentliche Ziel der Verbesserung und Klarstellung haben die Minister und Regierungschefs dagegen verfehlt.“ Dies betonte der CDU-Europaabgeordnete Karl von Wogau, der seitens des Europäischen Parlaments an den Verhandlungen bei der Einführung des Stabilitätspakts beteiligt war. Angesichts von 1400 Milliarden Schulden des Bundes sei das ein Schlag ins Gesicht der nächsten Generationen.

„Haushaltspolitische Regeln müssen einfach, klar und praktikabel sein,“ so von Wogau. Durch die Einführung zusätzlicher Merkmale werde der Stabilitätspakt aber undurchsichtiger. Es werde künftig sehr viel schwieriger sein, die neuen Merkmale wie die „Stärkung der internationalen Solidarität und die Erreichung europäischer Politikziele wie der Vereinigung Europas“ in Zahlen zu fassen. „Solche Floskeln haben nur einen Sinn: dem Stabilitätspakt die Zähne zu ziehen. Viel sinnvoller wäre es gewesen, den Rat dazu zu verpflichten, Sanktionen zu ergreifen, wenn, wie im Falle Deutschlands, ein Land mehrfach gegen das Drei-Prozent-Kriterium verstößt,“ so von Wogau weiter.

Durch den hohen Schuldenstand fallen in Deutschland auf der Ebene des Bundes jährlich Zinszahlungen von derzeit rund 40 Milliarden Euro an und dies bei historisch niedrigen Zinssätzen. Daraus entstehe eine gefährliche Schuldenfalle, die auf dem Rücken der jungen Menschen ausgetragen werde. Bereits jetzt müsse jeder sechste Euro an Steuereinnahmen in Deutschland allein für die Zinsen aufgewendet werden. Damit werde der Spielraum für eine Bildungs- und Forschungsinitiative zunichte gemacht. „Wir werden in Deutschland und Europa nur dann unseren Lebensstandard halten können, wenn die jungen Menschen gut ausgebildet werden,“ so von Wogau. Jeder Euro der für Zinszahlung fällig wird, fehlt für Bildung und Forschung.

Wenn das Ziel einer stärkeren Konjunktur erreicht werden sollte, ist mit steigenden Zinssätzen zu rechnen, um die Inflationsgefahr einzudämmen. Spätestens dann wird das Ausmaß der Verschuldung erst richtig durchschlagen und die Handlungsmöglichkeiten des Bundes noch weiter einschränken.

D-79098 Freiburg i. Br.
Kaiser-Joseph-Str. 284
Tel. 0761/2180841
Fax 0761/2180871
Email: info@wogau.de

F-67000 Strasbourg
Gebäude Louise Weiss
Tel. 0033/388/175301
Fax 0033/388/179301
Internet: www.wogau.de

B-1047 Brüssel
Rue Wiertz 60
Tel. 0032 /2/2845301
Fax 0032/2/2849301
Email: kwogau@europarl.eu.int